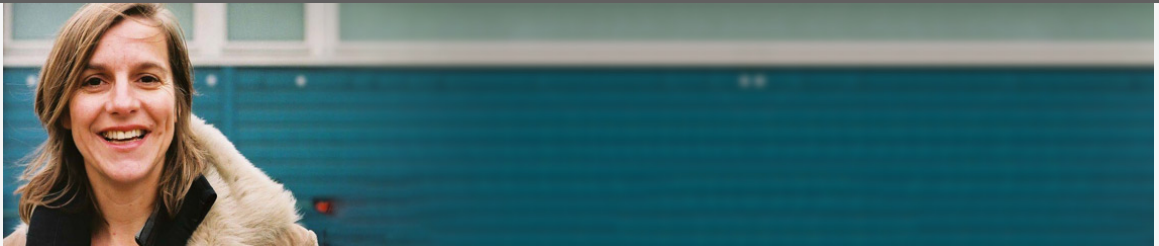




Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Bundesverband e.V.



VAMV

53 JAHRE AKTIVE INTERESSENVERTRETUNG

Sie befinden sich hier:

[VAMV](#)
[Geschichte](#)

[Datenschutz](#) [Sitemap](#) [Kontakt](#) [Impressum](#)

51 Jahre VAMV

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) wurde 1967 im schwäbischen Herrenberg von **Luise Schöffel** als "Verband lediger Mütter" gegründet. Er vertritt heute bundesweit die Interessen von 2,7 Millionen Einelternfamilien, von Familien also, in denen ledige, getrennte, geschiedene oder verwitwete Eltern mit ihren Kindern leben.

Eigentlich ganz erfolgreich

Schon zum 25-jährigen Bestehen des VAMV 1992 stellte Brunhilde Gilbrin, Mitbegründerin des VAMV, fest: "eigentlich bin ich stolz". Das "eigentlich" wurde von Sophie Behr folgendermaßen kommentiert: "Die erkämpften Fortschritte sind nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie dem VAMV zu verdanken - aber ohne den VAMV wären sie vielleicht nicht in dieser Art und Weise geschehen". Natürlich wäre es völlig übertrieben, die 50 Jahre Lobby für Alleinerziehende als DIE Erfolgsstory zu beschreiben. Wie immer gibt es zwei Seiten: die Gipfel des Erfolgs - Gesetzesänderungen, Urteile des

Bundesverfassungsgerichts, erfolgreiche Kampagnen - wechselten sich ab mit langen Durststrecken in den Niederungen der politischen Alltagsarbeit - Anhörungen zum Steuerrecht und zum Kindschaftsrecht, Bezifferung der Kinderarmut, Kritik an den familienpolitischen Instrumenten. Der Erfolg rechtfertigt bei weitem nicht die vielen gesetzlichen und gesellschaftlichen Änderungen, die für Alleinerziehende weiterhin notwendig sind. Aber es gibt doch einige Stationen, die für die Lebensform allein erziehend Perspektiven eröffnen.

Highlights aus 42 Jahren VAMV-Bundesverband

1967-1977

8. Juli 1967: Luise Schöffel, Lehrerin in Herrenberg, gründet den "Verband lediger Mütter". Zusammen mit sechs weiteren nicht verheirateten Müttern bildet sie den ersten Vorstand und führt die Geschäfte des Verbands als ehrenamtliche Vorsitzende fortan für zehn Jahre.

Bereits in den ersten Jahren des Verbands kann Luise Schöffel deutlichen Einfluss auf die bundesdeutsche Politik nehmen: die Reformierung des Unehelichenrechts und die Verbesserung der Sozialgesetzgebung für Alleinerziehende wird angeschoben. Prominente Unterstützerinnen sind Alice Schwarzer und Dr. Helga Stödter, bis heute Ehrenpräsidentin des VAMV. [Abb.]

1970: Erste Aktualisierung in "Verband alleinstehender Mütter"

1976: Zweite Aktualisierung in "Verband alleinstehender Mütter und Väter".

1977: Zehn Jahre nach der Gründung wird die erste hauptamtliche Geschäftsführerin eingestellt und der Verband zieht von Herrenberg nach Frankfurt am Main. Die Broschüre "So schaffe ich es allein" erscheint mit einer Auflage von 200.000 Exemplaren finanziert von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. In einer Pressekonferenz stellt der VAMV seinen Gesetzesvorschlag zur Sicherung des Unterhalts für Kinder vor - das spätere Unterhaltsvorschussgesetz (1980)!

1977-1987

1980 zieht der VAMV in die Bundeshauptstadt Bonn und verabschiedet sein erstes familienpolitisches Grundsatzprogramm mit insgesamt 27 Forderungen: Darunter:

Gleiches Kindergeld für jedes Kind in Höhe von 250 DM mit Anpassungsformel

Nichtanrechnung des Kindergelds auf Sozialhilfe

Aufhebung des Halbteilungsgrundsatzes beim Kindergeld

Aufhebung des Ehegattensplittings zugunsten eines gerechteren und höheren Kinderlastenausgleichs

Ausreichendes Angebot an qualifizierten Tageseinrichtungen für Kinder

Gewährung von Unterhaltsvorschuss für alle Kinder, die Anspruch auf Kindergeld haben

1981 kann mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes die Zusammenarbeit mit der Einelternorganisation "Parents without Partners" (PWP) in den USA ausgedehnt werden. Der VAMV hat 8.000 Mitglieder.

1986 führt die Bundesregierung die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für Alleinerziehende ein: pauschal werden 480 DM jährlich, mit Belegen bis zu 4000 DM steuerlich angerechnet. Der VAMV kritisiert die Einführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes und weist auf die Nachteile für allein erziehende Mütter hin. Der VAMV aktualisiert sein familienpolitisches Grundsatzprogramm und fordert

die Einführung einer Familienkasse, aus der alle familienbezogenen Leistungen bezahlt werden;

die steuerliche Gleichbehandlung.

1987-1997

1988: Armut ist in den Medien ein großes Thema und wird unmittelbar mit der Lebensform Alleinerziehend in Zusammenhang gebracht. Der VAMV beschäftigt sich mit den Gründen: Teilzeit-Erwerbstätigkeit, niedrige Löhne, Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg, unzureichende Kinderbetreuung. In seiner Jahrestagung "Kinder und Beruf - Alleinerziehende wollen beides" fordern die Delegierten mehr Ganztagschulen und flexible Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten.

1989: In einem Bündnis mit mehreren Verbänden setzt sich der VAMV für einen Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung ein.

Auch wird wiederholt die Abschaffung des Ehegattensplittings gefordert - statt dessen soll die steuerliche Anerkennung von Kindererziehung eingeführt werden. In den Bemühungen um eine gerechtere Steuerpolitik erreicht der VAMV, dass der Unterhaltspflichtige nur dann den halben Kinderfreibetrag

behalten kann, wenn er mindestens 75 Prozent des Unterhalts bezahlt. In der Bonner Geschäftsstelle gehen monatlich etwa 600 Briefe ein, bei Erscheinen des VAMV in den Medien noch mehr.

1991: In den neuen Bundesländern werden VAMV-Vertretungen gegründet. Der VAMV fordert anstelle des Erziehungsgeldes die Einführung einer Lohnersatzleistung. Er setzt sich erfolgreich für eine Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten neben dem Bezug von Erziehungsgeld ein.

1992: Aus Anlass seines 25-jährigen Bestehens gibt der VAMV die Schrift WOHER, WARUM, WOHIN heraus.

1993 tritt die Erweiterung des Unterhaltsvorschuss-Gesetzes in Kraft: Unterhaltsberechtigter Kinder können sechs Jahre lang bis zum 12. Geburtstag Unterhaltsvorschuss beziehen.

Der VAMV führt eine Kampagne zur Änderung des Grundgesetzes durch: In Artikel 6 soll die Vorrangigkeit der Familie vor der Ehe festgeschrieben werden - nicht eheliche Kinder sollen den ehelichen in allen Bereichen gleichgestellt werden. 10.000 Postkarten gehen an die Politik.

1995 erscheint der Ratgeber für Alleinerziehende mit neuem Titel und neuem Erscheinungsbild "Allein erziehend - Tipps und Informationen". Die jährliche Auflage von 200.000 gehen vor allem an Beratungsstellen, Jugendämter, Alleinerziehende.

1996: In seiner Broschüre "Kindergeld und Steuern - Was haben Alleinerziehende davon?" belegt der VAMV, dass Einelternfamilien vom Jahressteuergesetz 1996 entweder gar nicht haben oder sogar schlechter gestellt sind als vorher. Der VAMV fordert die Abschaffung der Steuerklasse 5 und des Ehegattensplittings.

Der Bundesgerichtshof spricht ein Urteil zu den Kinderbetreuungskosten Alleinerziehender. Die jahrelange Berechnung des zumutbaren Eigenanteils ist verfassungswidrig. Alleinerziehende erhalten aufgrund der Mustereinsprüche und der Musterklagen des VAMV zuviel bezahlte Steuern zurück.

Eine weitere Bestätigung seiner politischen Arbeit verschafft dem VAMV das Bundesverfassungsgericht. Es entscheidet zur Rente, dass es eine additive Anrechnung von Rentenversicherungspunkten aus Kindererziehung und gleichzeitiger Erwerbstätigkeit geben muss.

Der VAMV gibt sich ein neues Logo und ändert seinen Namen in "Verband alleinerziehender Mütter und Väter".

1997-2007

1998: Reform des Kindschaftsrechts: Der VAMV erreicht die Stärkung der Rechtsposition des Kindes im Umgangsrecht, ein Kind hat von nun an einen eigenen Anspruch auf Umgang mit beiden Eltern.

Die Kampagne "lieb und teuer - Existenz unserer Kinder sichern" erreicht, dass von nun an das 1,5-fache des Regelbetrages für den Unterhalt des Kindes eingefordert werden kann. Die Kinder-Kommission des Bundestags schließt sich der Kritik des VAMV an und fordert eine Anhebung des Kindesunterhalts. Erfolg im Jahre 2001: Die Bundesregierung beschließt eine Änderung im Unterhaltsrecht: Die "135-Prozent-Regelung": Solange der Kindesunterhalt nicht das Existenzminimum deckt, darf nicht das halbe Kindergeld abgezogen werden.

Der VAMV erhält den Deutschen Jugendhilfepreis für seine Arbeit "Gerechtigkeit und elterliche Verantwortung. Kinderarmut in Einelternfamilien eindämmen."

1999: Die Beratungshotline "allein erziehend" des VAMV wird geschaltet, um die Vielzahl der täglich eingehenden telefonischen Anfragen professionell zu beantworten.

Der VAMV startet die Kampagne "Was sind dem Staat die Kinder wert?" zusammen mit dem Kinderschutzbund, dem Frauenrat und einigen anderen Verbänden. Die Forderung nach 600 DM Kindergeld für jedes Kind wird in die Politik eingebracht. 20.000 Unterschriften werden gesammelt und in einer Pressekonferenz an die Regierung übergeben.

2000: Der VAMV bringt sein aktualisiertes familienpolitisches Grundsatzprogramm heraus (Abb.)

2002: Die Bundesregierung beschließt die Abschaffung der Steuerklasse 2 für Alleinerziehende. Fortan sollen Alleinerziehende wie Singles besteuert werden. Mit einer groß angelegten bundesweiten Protestaktion, 200.000 Karten "**Ich bin kein Single**" an die Bundesregierung und einer Verfassungsbeschwerde von 100 Kläger/innen in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht wehrt sich der VAMV gegen die neuen Steuergesetze. Mit seinen Aktionen und dem öffentlichen Druck erreicht der VAMV 2004, dass die Steuerklasse 2 erhalten bleibt.

2006: Die so genannten Arbeitsmarktreformen und deren massive Auswirkungen auf Einelternfamilien dokumentiert der VAMV in seinem "**Schwarzbuch Hartz IV und Alleinerziehende**".

Mit seiner Kampagne "Spielzeugsteuer - Nein danke!" protestiert der VAMV gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent und fordert eine Reduzierung auf alle Produkte für Kinder. 2008 haben sich alle großen

Familienverbände und europäische Vereinigungen angeschlossen.

© Copyright 2020 VAMV-Bundesverband e.V.